

Italien und Oesterreich, und sucht sich auf das Rohr Frankreichs zu stützen. Beide Ansichten sind theilweise irrig. Die Vereinigung gilt zumeist China, welches wohl thun wird, doppelt auf der Hut zu sein. Rußland sucht sich von Tibet aus mehr und mehr in China einzubohren; sein französischer Bundesgenosse im Süden kann China in seinen Bewegungen gegen Norden bedeutend fördern. China, worauf es in Asien zum Vortheil der Russen abgesehen ist, sßt genau zwischen zwei Feuern, wie etwa Deutschland in Europa.

Vom Landtage.

Dresden, 18. November.

In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer fand die allgemeine Vorberatung des Staatshaushaltsetats und der damit zusammenhängenden Vorlagen statt. Die Erörterung wurde eingeleitet durch eine einstündige Rede des Staatsministers v. Thümmel, welcher zunächst die Versicherung der Thronrede wiederholte, daß die Finanzlage als eine dauernd günstige zu betrachten sei, und sodann eingehend die in den Hauptziffern bereits mitgetheilten Ergebnisse des Staatshaushalts in der Periode 1888/89 darlegte, welche einen Ueberschuß von mehr als 26 Millionen ergeben haben, zu dem noch 1 842 899 M. Erträge im außerordentlichen Etat treten. Auf Grund der Ergebnisse des Jahres 1890 und der vorläufigen Erörterungen über die diesjährigen Ergebnisse lasse sich voraussagen, daß auch die laufende Periode Ueberschüsse abwerfen werde, wenn auch nicht in einem so großen Betrage, als die vorige. Von den Fortsetzungen seien wesentlich höhere Erträge sicher, ebenso von dem Steinkohlenwerke, trotz der Steigerung der Betriebskosten, namentlich der Arbeiterlöhne. Auch die Hüttenwerke würden höhere Erträge bringen als veranschlagt, nicht minder die Eisenbahnen, obwohl der Güterverkehr in der letzten Zeit eine kleine Abnahme erfahren habe, die direkt Steuern, sowie die Zölle und Verbrauchssteuern. Im Etat der Zuschüsse zeigten die Erträge der Gerichtskosten eine namhafte Steigerung. Weniger erfreulich ist das Resultat, welches der Betrieb der fiskalischen Erzbergwerke erzielt hat. Dasselbe hat durch Steigerung der Arbeiterlöhne, durch unauffchiebbare bauliche Herstellungen u. mehr erfordert, als im Etat angenommen war. Diese Ueberschreitung des Etats kann mit 450 000 M. veranschlagt werden. Bei den übrigen Verwaltungen des Etats der Ueberschüsse werden sich die Mehr- und Mindererträge annähernd ausgleichen. Der für die laufende Finanzperiode mit ziemlicher Sicherheit zu erwartende Gesamtuüberschuß dürfte sich auf etwa 18 200 000 M. belaufen. Derselbe wird jedoch eine Abänderung erfahren durch die Verbesserungen des Nachtragsetats, welche sich auf 3 447 246 M. belaufen. Da aber in diese Summe die bereits bewilligten Mehreinzuforderungen für die fiskalischen Erzbergwerke und Hütten mitgerechnet sind, so verbleiben noch rund 3 017 000 M. Darnach wird der Ueberschuß für die laufende Periode immer noch mehr als 15 Mill. M. betragen. In dem Entwurfe zum ordentlichen Staatshaushaltsetat der Finanzperiode 1892/93 belaufen sich die Gesamteinnahmen und Ausgaben auf 189 226 076 M. gegen 174 056 000 M. im Etat der laufenden Periode; es ergibt sich also ein Unterschied von rund 15 170 000 M. Der Etat werde vorzugsweise beeinflusst durch die schon beim vorigen Landtage als notwendig erkannte Erhöhung der Beamtengehälter, neben welcher auch eine Erhöhung der Gehälter der Hofbeamten und der Pensionen nötig sei. Der Minister ging hierauf die einzelnen Theile des Etats durch und macht insbesondere aufmerksam auf die bedeutende Entlastung, welche dem Staatsschuldenetat dadurch erwachse, daß Oftern 1892 die Tilgung der 1847er Anleihe beendet sei. Der außerordentliche Etat enthalte, abgesehen von einer Drittel Million für den Bau der vierten Elbbrücke in Dresden, lediglich Ausgaben zur ferneren Entwidlung des Eisenbahnwesens; die Kosten würden zum großen Theile durch die Ueberschüsse der Vorperiode, zum andern durch eine Anleihe zu decken sein. Der Gesamtbedarf der aus dem Etat sich ergebenden Forderungen stellt sich auf 56 900 000 M. Se. Excellenz fuhr dann fort: „Dieser außerordentliche Bedarf wird zum Theil durch die zur Verfügung stehenden rechnungsmäßigen Ueberschüsse von 26 600 000 Mark aus der Periode 1888/89 Rechnung finden, dagegen wird sich zur Verringerung der Bestände der Finanzhauptkasse die Aufnahme einer neuen Anleihe nötig machen, worüber die Regierung noch Näheres erklären wird. Wenn ich nach alledem einen Rückblick auf meine Darlegungen werfe, so glaube ich, daß Sie die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Finanzwirtschaft sich in einer erfreulichen Lage befindet. Die Regierung ist weit entfernt, das Verdienst für sich oder ihre Beamte in Anspruch zu nehmen; die Erfolge, die erzielt worden sind, verdanken wir vielmehr den Segnungen des Friedens, der uns bisher glücklicherweise erhalten geblieben ist und der uns, so Gott will, auch erhalten bleiben möge, und dem Aufschwunge auf den Gebieten der wirtschaftlichen Thätigkeit des Landes, nicht zum Mindesten auch der Unterstützung, die die Regierung bei den Ständen bisher gefunden hat.“ Mit der Bitte, daß dieselbe auf fernhin erhalten bleiben möge, schloß Herr Staatsminister v. Thümmel unter Beifallsrufen der Kammer seine Rede.

Abg. v. Döhl schlägt erl. begann mit dem Wunsche, daß es möglich gewesen wäre, Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen Friedrich August als Gabe der Kammer zu seiner Hochzeit die Bewilligung der für ihn beantragten Anpanage zu gewähren. Sei die Finanzlage auch günstig, so müsse man doch mit Vorsicht in die Zukunft sehen. Die Handelsverträge würden voraussichtlich nicht nur auf verschiedene Erwerbsthätigkeiten, sondern auch auf die Einnahmen des Reiches und damit auf die Vorauszahlungen an das Land einen ungünstigen Einfluß üben; auch sei zu fürchten, daß die Erträge der Einkommensteuer nicht in der bisherigen Weise steigen würden. Die Erhöhung der Beamtengehälter führe allerdings zu einer starken dauernden Belastung des Staats, gleichwohl werde sie nicht zu umgehen sein, ebenso könne man mit der Erhöhung der Pensionen und der Lehrergehälter nur einverstanden sein. Andererseits möge man den Gemeinden in außerordentlichen Verhältnissen möglichst zu Hilfe kommen. Sollten die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, so wäre zu erwägen, ob nicht die Progression der Einkommensteuer bis auf 4 Proz. weiter zu führen wäre. Die Beamten aber möchten die ihnen gewährten Gehaltsaufbesserungen dankbar hinnehmen, sich aber auch bewußt sein, daß damit dem Volke bedeutende Lasten auferlegt würden, und nicht sich zu Konsumvereinen zusammenzumischen zum Schaden des kleinen Handels- und Gewerbestandes. Anlangend den außerordentlichen Etat, so sei mit Freude zu begrüßen, daß ein wesentlicher Theil des Bedarfs durch Ueberschüsse gedeckt werden könne.

Abg. Liebknecht erklärt, daß seine Partei die Anpanage nicht bewilligen werde, und hätte eine Hinausschiebung der Verathung gewünscht, namentlich da seine Partei von den Deputationen ausgeschlossen worden sei, weil man sie nicht als auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehend betrachte. So habe man sie gewissermaßen zu Abgeordneten zweiter Klasse gemacht. In der

Thronrede und in der heutigen Ministerrede würden die Verhältnisse ziemlich rosig dargestellt, das Bestehen eines Nothstandes werde in Abrede gestellt, es bestesse aber ein solcher, beispielsweise im Chemnitzer Bezirk infolge der Mac Kinley-Bill, welche einfach die Antwort auf die von der sächsischen Regierung gebilligte deutsche Zollpolitik sei. Unleugbar sei ferner die Theuerung der Lebensmittel, die durch die Kornzölle noch künstlich erhöht werde. Es sei nötig, mit dem System der Kornzölle, der Schutzzölle überhaupt zu brechen. Wenn er auch den Ausbruch eines Krieges nicht für wahrscheinlich halte, so sei doch infolge der fortwährenden Rüstungen die Lage eine so gespannte, daß man des morgenden Tages nicht sicher sei. Die jetzige Weltordnung sei im Umwandel begriffen und man werde aus den Krisen nicht herauskommen. Die Aufbesserung der Gehälter halte seine Partei nur bis zur Höhe von 3600 M. für nötig, darüber hinaus nicht; die Hauptverbesserung solle aber gerade nach oben stattfinden. Zu verlangen sei auch eine Aufbesserung der Löhne der Arbeiter, namentlich im Eisenbahnbetriebe. Statt dessen sehe man, daß, wenn die Arbeiter von ihrem Koalitionsrechte Gebrauch machten, die Regierung ihnen entgegenrete. Zu begrüßen seien die größeren Zumdungen für die Schulen; aber diese seien nicht genügend und seine Partei müsse stehen bleiben bei ihrer Forderung der Aufhebung des Schulgeldes. Sie würden auch wieder ihren Antrag einbringen auf Befreiung der niedrigeren Einkommensteuerebenen, dagegen Höherbesteuerung der größeren Einkommen und gänzliche Befreiung der Schlachtsteuer, endlich Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch für die Gemeindevahlen. (Der Präsident machte dem Redner bemerklich, daß er nicht bei der Sache sei.) Die Herstellung von Wohnungen für Arbeiter und niederen Eisenbahnbeamten würde eine sehr schöne Sache sein, könne aber für den Arbeiter eine förmliche Sklaventette werden. Mit dem Eisenbahnbau sollte möglichst rasch vorgegangen, die Kosten aber durch eine Anleihe ausgebracht werden. Ferner wäre die Einführung des Zonentaris zu empfehlen und das Verbot des Koupirens der Fahrarten von außen her, endlich die Einstellung eines Betrages zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Er empfehle der Regierung dringend die Herstellung des Friedens nach innen, welche die beste Grundlage des Friedens nach außen sei.

Abg. Dr. Mehnert (Lins.) wies darauf hin, daß aus der Rede des Abg. Liebknecht das Bestreben hervorgehe, die Begehrlichkeit ganzer Klassen der Bevölkerung zu steigern und die Unzufriedenheit zu mehren. Die Sozialdemokratie benutze den Parlamentarismus lediglich dazu, die Massen zu revolutioniren. Dazu könnten die Ordnungsparteien aber nimmermehr die Hand bieten, indem sie die Sozialdemokraten bei den Deputationswahlen noch besonders berücksichtigten. Was die Mac Kinley-Bill betreffe, so wisse der Abg. Liebknecht ganz genau, daß Amerika viel früher harte Zollschranken gehabt hat, als Deutschland. Die genannte Bill sei auch nicht bloß gegen Deutschland, sondern gegen ganz Europa gerichtet. Gebe Deutschland seine Zölle auf, so würden die internationalen Getreidehändler die Gelder einziehen, welche an Einnahmen für das Reich ausfallen würden. Denn mit Recht habe selbst das „Berliner Tageblatt“ erklärt, daß bei Aufhebung der Getreidezölle der Preis auf dem Weltmarkt steigen würde. An der internationalen Getreidebörse möge Liebknecht den Hebel ansetzen, um dem Arbeiterstande förderlich zu sein. Gegen das Treiben der Ritter und Blumenfeld, der Hirschfeld und Wolff mache die Sozialdemokratie nicht Front, denn zwischen der rothen und der goldenen Internationale beständen Sympathien. Nach eingehender Widerlegung der weiteren Behauptungen Liebknechts sprach Abg. Dr. Mehnert sein Bedauern darüber aus, daß nicht die Nothschlachtsteuer beseitigt worden sei. Im weiteren Verlaufe seiner Rede empfahl er die Progression der Einkommensteuer von 4 Prozent bei höheren Einnahmen. Im Falle zur Deckung neuer Bedürfnisse nach neuen Einnahmequellen gesucht werden müsse, möge die sächsische Regierung bei der Reichsregierung vorstellig werden, daß die Vorsteuer erhöht werde. Bei Besprechung der Gehaltserhöhung der Beamten wurde der Antrag der Baarenvereine gerügt, welche den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker schädigten. Letztere seien ohnehin in sehr bedrückter Lage. Die sächsische Regierung möge den Gedanken erwägen, zur Förderung des Korporationswesens im Handwerk bestimmte Beträge in den Etat einzustellen. Auch für den Ausbau der Straßen könne mehr als bisher geschehen.

Vizepräsident Georgi (nat.-lib.) stimmte mit dem Abg. v. Döhl schlagend darin überein, daß man mit Vorsicht der Zukunft entgegenzusehen habe, gab zur Erwägung, ob nicht statt der Ermäßigung der Schlachtsteuer, die in den meisten Fällen den Konsumenten nicht zu Gute kommen würde, eine Befreiung der drei untersten Einkommensteuerebenen angezeigt wäre. Nach weiteren Bemerkungen des Vizepräsidenten Streit und der Abgg. Matties, Horst, Philipp, Hänel und Uhlmann, suchte Abg. Geyer die Vorwürfe des Abg. Dr. Mehnert zurückzuweisen. Die Aufbesserung der höheren Gehälter habe auch der Reichstag verweigert. Der Präsident Udemann habe im letzten Reichstage selbst erklärt, daß bei einem Einkommen unter 8—900 Mark ein menschenwürdiges Dasein nicht zu führen sei, und doch habe mindestens die Hälfte sämmtlicher Steuerzahler ein geringeres Einkommen. Aus diesem Grunde rechtfertige sich die Aufhebung der untersten Einkommensteuerebenen, sowie die Befreiung der die Fleischpreise erhöhenden Schlachtsteuer.

Abg. Liebknecht erklärte, daß die Sozialdemokraten sich auf den Boden der jetzigen Zustände stellten, daß sie zwar Forderungen anstrebten, daß dies aber auch von allen anderen Parteien angehe. Im Laufe seiner Rede behauptete er u. A., Fürst Bismarck sei an dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu Grunde gegangen (lebhaftes Hoho!). Ebenso würden alle über den Haufen gemworfen werden, welche gegen seine Partei aufträten. Das christlich-germanisch-agrarische Kapital spekulire an der Börse ebenso, wie das jüdische. Die Sozialdemokraten seien nicht Theilnehmer der Börse, denn ihr Zukunftsstaat kenne keine Börse. Parteigenossen des Kollegen Mehnert, ein Bismarck und ein Stöcker, hätten die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie gesucht, um den Fortschritt zu bekämpfen. Nicht die Sozialdemokratie richte den kleinen Mann zu Grunde, sondern der kapitalistische Großbetrieb. Nachdem die Abg. Gärtwig und Dr. Mehnert einigen Aeußerungen der Vorredner entgegengetreten waren, wurde beschlossen, den Rechnungsausschuß an die Rechnungsausschussdeputation, den ordentlichen Etat nebst dem Gesetzentwurf über Ermäßigung der Schweinefleischsteuer an die Finanzdeputation A, endlich den außerordentlichen Etat an die Finanzdeputation B zu verweisen.

Vertilches und Sächsisches.

Freiberg, den 19. November.

Der feierliche Empfang, welchen man in Wien von Seiten des Hofes und der Bevölkerung Ihren Majestäten dem König und der Königin von Sachsen, sowie den Prinzen und der Prinzessin des königl. sächsischen Hauses gestern Abend

bereitete, bezeugte, wie herzlich und innig die Beziehungen zwischen dem sächsischen und dem österreichischen Fürstenhause sind. Nicht allein Sr. Majestät der Kaiser von Oesterreich und die meisten Mitglieder des Kaiserhauses theilten sich an dem Empfange, auch die kaiserlichen und städtischen Behörden, Korporationen und Vereine, die Bevölkerung Wiens selbst nahmen den regsten Antheil am Einzuge und haben die Begrüßung der Mitglieder des sächsischen Königshauses zu einer großen Kundgebung im schönsten Sinne des Wortes gestaltet. Der sächsische Sonderzug traf Abends 8 Uhr auf dem Nordwestbahnhof in Wien ein. Auf dem Perron waren Kaiser Franz Joseph und die in Wien anwesenden Erzherzöge, unter ihnen der Großherzog von Toskana und dessen Sohn Leopold Ferdinand, erschienen, ferner der sächsische Gesandte Graf Falkwiz, Statthalter Graf Kielmansegg, der Stellvertreter des beurlaubten Korpskommandanten Feldmarschallleutnant Gradl, die Ehrenkavaliere Sr. Majestät des Königs und der Königin und Ihrer königl. Hoheiten der Prinzen und der Prinzessin des königlichen Hauses, sowie die Ehrendamen Ihrer Majestät der Königin und Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Mathilde. Vor dem Perron war eine Ehrenkompagnie mit Fahne und Musik des Infanterieregiments Graf Jellacic Nr. 69 in Paradeuniform mit Feldzeichen von Tannenberg aufgestellt. Ferner waren die vorgehenden Generale in Gala, höhere Offiziere und Staatsbeamte, der Bürgermeister und andere Herren erschienen. Die Kapelle spielte bei Ankunft der sächsischen hohen Herrschaften die Sachsenhymne. Die Monarchen umarmten und küßten einander wiederholt herzlich. Der Kaiser küßte der Königin die Hand, während der König die anwesenden Erzherzöge durch Handschlag begrüßte. Die allerhöchsten und höchsten Herrschaften und das gelammte Gefolge bestiegen die bereitstehenden Equipagen und fuhren durch die Laborstraße, Kaiser-Josefstraße, Praterstraße, über die Apperbrücke, den Ring und den äußeren Burgplatz nach der Hofburg. Die Imperial-Kontinental-Gas-Association hatte die Straßen, durch welche der Zug sich bewegte, durch Flammenverfärbungen glänzend erleuchtet, die Häuser waren reich illuminiert und geflaggt. Der Wiener Schützenverein hatte vor dem Nordwestbahnhof mit der Musikkapelle Aufstellung genommen und spielte, während der Zug vorüberfuhr, die deutsche Hymne, auf der Ringstraße hatte das Veteranen Korps — etwa 1500 Mann — mit farbigen Bannons Aufstellung genommen, und überall, wo sich die sächsischen und österreichischen Herrschaften zeigten, wurden sie von der Bevölkerung Wiens jubelnd begrüßt. In der Hofburg empfing die Erzherzogin Maria Theresia mit den in Wien weilenden Erzherzoginnen die sächsischen Herrschaften, ferner der erste Oberhofmeister General der Kavallerie Prinz zu Hohenlohe und der Oberzeremonienmeister Graf Hunyady. Graf Kalmoty, sowie die obersten Hofchargen waren zur Aufwartung anwesend. Nach einem kurzen Cercle fand sodann ein Familienempfang statt.

Der blühende Zustand der sächsischen Staatsfinanzen, der schon lange ein Gegenstand des Neides für andere Staaten ist, ergibt sich insbesondere auch aus einer Vergleichung des Staatsvermögens und der Staatsschulden in Sachsen. Nach dem den Ständen kürzlich vorgelegten Rechnungsbuchbericht auf die Jahre 1888 und 1889 war das sächsische Staatsvermögen am Schlusse dieser Finanzperiode nahezu doppelt so hoch, wie der Betrag seiner Staatsschulden, das Staatsvermögen nämlich hatte einen Gesamtwert von weit über eine Milliarde Mark (1104 671 099 M.), die Schulden aber betragen etwas über 630 Mill. M. (630 301 724 M.). Dabei ist besonders zu beachten, daß sich die Staatsschulden in dem genannten Zeitraum um 15 Mill. M. vermindert haben, während das Staatsvermögen um fast 48 Mill. M. gewachsen ist. Das immobilitätsvermögen, das allein über 900 Mill. M. beträgt, liegt hauptsächlich in den Staatsbahnen und Forsten. Zur Verzinzung und allmählichen Tilgung der Staatsanleihen, welche fast ausschließlich zu produktiven Zwecken (Anlage von Eisenbahnen u. s. w.) gemacht worden sind, reicht der Ueberschuß aus den Eisenbahnen nicht nur aus, sondern er ergab auch noch ein Mehr von 7 1/2 Millionen Mark.

Der gestrige Familienabend des Handwerker-Vereins zu Freiberg war so zahlreich besucht, daß der Union-Saal nicht gefüllt erschien. Nach einem trefflich ausgeführten Instrumentalkonzert, mit welchem das Jägermusikkorps wohlverdienten reichem Beifall erntete, boten mehrere Mitglieder des hiesigen Männergesangsvereins „Liedertafel“ vorzügliche Gesangsleistungen. Die Männerquartette „Spin, spin“ von Jüngst, „Dem Gott will rechte Günst“ von Mendelssohn-Bartholdy, „Zwischen Frankreich und dem Böhmerwald“ von Dirner und „Die Lieb regiert die ganze Welt“ von Abt gelangten in ausgezeichnetem Maße zum Vortrage. Reichen Beifall erlangte Herr Roscher mit der tiefempfundnen Wiedergabe des Broch'schen Liedes „Schweizer Heimweh“. Zwei heitere Duette „Die Verwendung der Freud“ von Gyle und das „Wiener Fiakerlied“ von Wid fanden ebenfalls die freundlichste Aufnahme und erregte insbesondere eine in dem erstern enthaltene, auf den Altreichskanzler Bismarck bezügliche Strophe stürmischen Jubel. Eine angenehme Abwechslung gewährten die prächtigen Vorträge des 1. Freiburger Bittervereins: a. „In der Dorfschänke“ Räbder von Peter Mehl, b. „Nüßig froh“ Polta von Kellner. Am Schlusse des Konzerts dankte der Vereinsvorsteher Herr Seifert in herzlichen Worten Allen, die zur Verschönerung des Abends beigetragen hatten.

Dem um die Handwerker-Vereine hochverdienten Landtagsabgeordneten Glaserobermeyer Besichtig in Dresden wird eine Abordnung des hiesigen Handwerker-Vereins das künstlerisch ausgeführte und schön eingerahmte Diplom über die Ernennung des Herrn Besichtig zum Ehrenmitglied des hiesigen Vereins am 25. d. M. persönlich überbringen.

Der von dem Wohlthätigkeitsvereine Sächsische Fecht- und Turn-Verband Freiberg gestern Abend im Saale zum Patriarchen Garten abgehaltene Unterhaltungabend nahm einen sehr befriedigenden Verlauf. Das von dem Stadtmusikchor unter Leitung des Herrn Direktor Schneider ausgeführte sorgsam gewählte Konzertprogramm zeigte eine solche Vorzüglichkeit, daß der lebhafteste Beifall, welcher denselben zu Theil wurde, als ein wohlverdienter erschien. Das von einem Mitglied des Verbandes gut vorgetragene „Hohenzollernlied“, an das sich mehrere der Vermählung Sr. Kgl. Hoh. Prinz Friedrich August mit Erzherzogin Louise von Oesterreich gewidmete Strophen schlossen, rief eine freudig gehobene Stimmung hervor. Die Klavierbegleitung wurde von dem Herrn Günther jun. in Freibergsdorf in lobenswerther Weise ausgeführt. Die übrigen ebenfalls von Mitgliedern des Verbandes aufgeführten Vorträge versetzten alle Anwesenden in eine bewegte Fröhlichkeit. Dem Konzert folgte ein Tanzden, das erst spät sein Ende erreichte. Von dem Ertrage wird es wiederum möglich sein, so manchen Armen hiesiger Stadt eine Unterstützung zutommen zu lassen. Die „Sächsische Fecht- und Turn-Verband“ wird sich bei der bevorstehenden Vermählung ihres hohen Protektors Sr. Kgl. Hoheit Prinz Friedrich August durch Ueberreichung einer Adresse an der Gratulation der Vereine u. s. w. betheiligen, außerdem aber an der für den 24. Nov. Abends halb 9 Uhr geplanten Subsidigung auf dem Dresdner Theaterplatze Theil nehmen. An-